

# DEMO NEWSLETTER

Ausgabe 4 | 2010

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Was haben Schweizer Käse und unsere Straßen gemeinsam? Na klar, jede Menge Löcher. Dass sich die Verkehrsminister nicht einigen konnten, wer die kaputten Strecken flickt, ist ärgerlich. Immerhin bleiben vielen Kommunen Kosten erspart, weil sie nun doch nicht alte Straßenschilder gegen neue austauschen müssen. Ein Schildbürgerstreich – im wahrsten Sinne des Wortes. Doch noch mal zurück zu den Löchern: Kiels OB Torsten

Albig hat da den richtigen Ansatz. Städte, die bei der Vergabe ihres Gelds die richtigen Prioritäten setzen, könne man daran erkennen, dass dort noch im Herbst die Straßen kaputt seien. Sie investierten nämlich in Bildung, nicht in Beton! Das und Berichte über die SGK-Landeskonferenz in NRW, wo die SPD kurz vor der Wahl kämpferisch und geschlossen ist u.v.m. in dieser Ausgabe.  
Herzliche Grüße, Ihr Kai Doering

## DEMO 5/2010: Integrieren ist machbar



Hören sie das Wort „Integration“, haben viele gleich die Assoziation „Ausländer“. Dass **Integration** aber viel mehr ist und nicht nur den Einbezug und die Teilhabe von Migranten in die deutsche Gesellschaft, ausmacht, zeigen wir im DEMO-Titel. Z.B. den Umgang mit Behinderten oder was für Kinder mit psychisch kranken Eltern getan wird. Aber natürlich geht es auch um Migranten, so in einem Porträt über den Berlin-Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky.

In den **Berichten** behandeln wir u.a. die Gründe, warum die NRWSPD mit Hannelore Kraft siegen und regieren muss, schreiben über den Kommunalkongress Mitte April mit Sigmar Gabriel, wie Nürnberg es schafft, eine rote Insel im schwarzen Meer zu bleiben, wie in Münster aus der Opposition heraus in der Stadt mitbestimmt werden kann und wie Kommunen gegen Lärm angehen.

Im **Report „Kommunal Finanzen“** geht es u.a. um gute Gründe für die Gewerbesteuer, die neue Rolle für Sparkassen und Landesbanken, wann Sparen falsch ist am Beispiel Sachsen, die Mühen der Sparpolitik am Beispiel der Ruhrmetropole Essen u.v.m.

## +++ Deutschland kommunal 2010 +++ Deutschla



**Der kommunale Ratgeber fürs Jahr: das große DEMO-Kommunalhandbuch – umfassend und übersichtlich:**

Kommunale Institutionen in Städten, Kreisen, Ländern und dem Bund; Verwaltungs- bzw. Dezernatsstruktur aller Städte

über 20 000 Einwohner mit Anschriften; Verteilung der Sitze in Rat und Kreistagsfraktion; (Ober-)

Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten mit Parteizugehörigkeit und Kontaktdaten; E-Government-Beauftragte. Neu: Kommunalberatungen.

**Weitere Schwerpunkte:**

Parteien, Wirtschaft, Energie/Stadtwerke aus Städten mit über 100 000 Einwohnern, Verkehr, Medien, Umwelt/Entwicklung, Freizeit, Kultur  
**Termine:** Fachmessen, Kongresse, Veranstaltungen

Das neue Nachschlagewerk ist erhältlich unter [www.demo-online.de](http://www.demo-online.de) oder bei Stefanie Martin, Fax: (030) 255 94 -199, [vertrieb@demo-online.de](mailto:vertrieb@demo-online.de)

Einen besonderen Service bietet die DEMO-Anzeigenabteilung für Werbekunden und solche, die es werden wollen: eine aktuelle und detaillierte The-

menvorschau für die jeweils kommende Ausgabe der DEMO.  
Infos unter [witzel@demo-online.de](mailto:witzel@demo-online.de)

### Die Rubriken im DEMO-Newsletter:

- 2-4 Politik
- 5 Rezension
- 6 Klima
- 7 IT und Wirtschaft
- 8 Aus SPD & SGK
- 9 Tipps
- 10 Termine, Impressum

Anzeige

**Qualität** für die Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft  
Dafür steht der **Entsorgungsfachbetrieb**  
[www.bvse-entsorgungsgemeinschaft.de](http://www.bvse-entsorgungsgemeinschaft.de)

Mit Durchblick. Für Qualität!

Anzeige

**diedruckerei.de**  
Andere drucken mit Farbe.  
**Wir mit Leidenschaft.**

Anzeige

**WIKOM AG**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

14103 Berlin, Humboldtstraße 17  
Tel. (03 0) 89 04 09 0, Fax: (03 0) 89 04 09 99  
E-Mail: [berlin@wikom-ag.de](mailto:berlin@wikom-ag.de)  
Homepage: [www.wikom-ag.de](http://www.wikom-ag.de)

**ITI**  
Mittelrheinische Treuhand GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft

50669 Köln, Hohenzollernstraße 104 - 108  
Tel. (02 61) 3 03 12 0, Fax: (02 61) 3 03 12 93  
E-Mail: [zentrale@m-treuhand.de](mailto:zentrale@m-treuhand.de)  
Homepage: [www.m-treuhand.de](http://www.m-treuhand.de)

[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

Die DEMO 4/2010 erscheint am 1. April 2010. Täglich aktuelle Infos unter [www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)  
„Deutschland kommunal 2010“ ist erhältlich unter [vertrieb@vorwaerts.de](mailto:vertrieb@vorwaerts.de), die Mediadaten unter [witzel@demo-online.de](mailto:witzel@demo-online.de)

## SGK NRW steht vor 9. Mai wie eine Eins

Kurz vor der NRW-Wahl am 9. Mai boten die SPD-Kommunalen ein Bild der kämpferischen Ge- und Entschlossenheit: Mit 319 von 320 Stimmen bei einer Enthaltung bestätigten sie Gelsenkirchens OB Frank Baranowski einstimmig an der Spitze, ebenso die Vize Claus Haase, MdB Bernd Scheelen und BM Marion Weike, Schriftführer Landrat Michael Makiolla und Schatzmeister Wolfgang Honsdorf. Baranowski gab sich „selbstbewusst, nicht selbstgerecht“: Die SGK NRW sei **die** kommunale Kraft und Kommunalpolitik habe Bedeutung wie lange nicht. Der ignorante Umgang von Schwarz-Gelb mit den Kommunen, die Trickserie mit Gemeindeordnung und Wahltermin sei Garant für das Scheitern von Schwarz-Gelb. Die SGK NRW sei gut aufgestellt, um Lösungen für die Finanzkrise zu suchen, sie streite entschieden für Gewerbesteuer, echte Konnexität, Kommunalwirtschaft und Sparkassen. Bundes-SGK-Vorsitzender Stephan Weil forderte

einen starken Staat, der in Bildung investiert. In der tiefsten Finanzkrise der Republik seien Steuer-senkungen und Schwächung der Kommunen „finanzpolitische Geisterfahrelei“. Die Gewerbesteuer sei nicht zu ersetzen, so Hannovers OB, sondern um Freiberufler zu erweitern: „Warum soll der Handwerker bezahlen, aber sein Steuerberater nicht?“ Selbstbewusstsein auch im zweiten Tagungsteil: Spitzenkandidatin Hannelore Kraft sah die NRW SPD seit 2005 auf klarem Kurs: wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit und Schöpfung sichern. SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel sieht Erfolge, wenn die Kommunalpolitik – auch im neuen SPD-Steuerkonzept – im Mittelpunkt stehe. Kommunen und Bürger badeten die Klientelpolitik des Bundes aus, dabei seien Städte der Ort der Integration, hier entscheide sich die Zukunft, deshalb müsse die SPD kämpfen und die Enttäuschten oder Unentschlossenen zur Wahl bringen, so Gabriel unter viel Jubel. *sg*

Nordrhein-Westfalen



Quelle: eigener Bericht, [www.sgk-nrw.de](http://www.sgk-nrw.de)

## Parteiübergreifende Kritik an FDP-Steuerplänen

Der FDP-Steuerreformvorschlag eines Fünf-Stufen-Tarifs, der ab 2012 v.a. mittlere und höhere Einkommensbezieher um rd. 16 Milliarden Euro entlasten soll, wird auch von kommunalen Vertretern aller Parteien kritisiert. Die FDP-Pläne belasten laut einer Arbeitsgruppe des Bundesfinanzministeriums zu ca. 15 Prozent die klammen Gemeinden. Die FDP will zur Finanzierung ihrer Pläne die Gewerbesteuer ersetzen durch einen zwölfprozentigen Anteil an der Mehrwertsteuer sowie das Recht, Zuschläge auf Einkommens- und Körperschaftssteuern zu erheben. Ökonomen lassen kein gutes Haar an diesen Plänen. Länder und Kommunen lehnen sie rundweg ab. So kosten die Pläne laut Finanzsenator Ulrich Nußbaum das Land Berlin rd. 460 Millionen Euro jährlich. Die Vorschläge zur Gegenfinanzierung nennt er „unsozial, dilettantisch und absurd“. Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit warnt die Bundesregierung davor, die Kommunen zu erdrücken. Die FDP lasse die Kommunen „am ausgestreckten Arm verhungern und verunsichert sie zunehmend“. Laut Städtetagspräsidentin Petra Roth (CDU) würden

die Einnahmen durch das FDP-Modell „niemals stabiler, ganz im Gegenteil“. Sie warnt, die Finanzierungslast würde von den Firmen auf die Bürger geschoben. Dresdens CDU-OB Helma Orosz warnt vor Stadtfucht, wenn reiche Randgemeinden sich niedrige Einkommensteuer-Hebesätze beschließen könnten. Auch für Freiburgs grünen OB Dieter Salomon begünstigen die FDP-Pläne „den Umzug in die Speckgürtel“. Für Städte- und Gemeindebundsgeschäftsführer Gerd Landsberg (CDU) sind die Pläne schlicht „unbezahlfar“. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fordert sogar höhere Steuereinnahmen statt -senkungen: „Die Lage der öffentlichen Haushalte ist desolat“, so DIW-Präsident Klaus Zimmermann. „Für Steuersenkungen gibt es daher keinerlei Spielraum.“ Alle fünf Wirtschaftsweisen warnen im Frühjahrgutachten vor Steuersenkungen, die Länder blockieren, die kommunale Gegenfront steht, das Finanzministerium kommentiert die Pläne „äußerst zurückhaltend“, es sieht nicht gut aus für die Pläne der Dreipunktpartei. *sg*



Foto: pixelio.de, Dieter Schütz

Quellen: Der Tagesspiegel, Frankfurter Rundschau, [spiegel.de](http://spiegel.de) vom 15., Der Tagesspiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Financial Times Deutschland, Stuttgarter Zeitung und SPD PM vom 14. April

Das „Flugblatt der Woche“ der SPD zu den FDP-Plänen u.a. mit Zitaten von Gerd Landsberg und DGB-Chef Michael Sommer unter [spd-kompakt@spd.de](mailto:spd-kompakt@spd.de)

## DEMO-Kommunalfüchse 2010 gesucht

Die DEMO schreibt die „Kommunalfüchse 2010“ in folgenden Kategorien aus:

- kommunalpolitische Gesamtstrategie
- kommunalpolitische Einzelvorhaben
- kommunalpolitische Lebenswerk
- junges kommunales Engagement
- kommunales Engagement gegen Rechts

Bewerbungen **bis spätestens Freitag, 14. Mai 2010** an DEMO-Chefredakteur Stefan Grönebaum: [groe-nebaum@demo-online.de](mailto:groe-nebaum@demo-online.de) oder Chefredaktion DEMO, Stresemann 30, 10963 Berlin.

Bitte das Projekt auf maximal einer DIN-A-4-Seite beschreiben, wichtig sind die Kriterien, die es möglichst erfüllen sollte: Es sollte beteiligend, effizient, nachhaltig, sozial und vernetzt sein.

Die Gewinner werden in der DEMO und dem DEMO-Newsletter ausführlich vorgestellt, nehmen kostenlos am 5. DEMO-Kommunalkongress am 16. und 17. Juni in Mannheim teil und erhalten ihren Fuchs bei der Abendgala am 16. Juni u.a. von Mannheims OB Peter Kurz, Hannovers OB und DEMO-Herausgeber Stephan Weil oder SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles.



[www.demo-online.de/demo-kommunalkongress-2010/kommunalfuchs](http://www.demo-online.de/demo-kommunalkongress-2010/kommunalfuchs)

## SPD will Alleinerziehende fördern

1,6 Millionen Alleinerziehende haben laut SPD-Vize Manuela Schwesig Probleme, Familie und Beruf zu vereinbaren, und müssen mit ALG II aufstocken. Daher fordert die SPD im Thesenpapier „Alleinerziehende – Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft“,

das der SPD-Parteivorstand gerade beschlossen hat, u.a. einen Rechtsanspruch auf Ganztageserziehung für Kinder von Alleinerziehenden, Kindertagesstätten als Regelangebote u.a.m. Das Geld soll aus dem Verzicht auf das Betreuungsgeld kommen. *sg*

Quellen: Hamburger Abendblatt und Westfälische Nachrichten vom 14. April, das SPD-Papier bei: [www.spd.de](http://www.spd.de)

## Bürgerbegehren für Schauspielsanierung

Der Kölner Rat lässt das Schauspielhaus sanieren. Die Ratsmehrheit aus CDU, Grünen und Linken folgt einer Bürgerinitiative, die gegen den Abriss des 1962 von Wilhelm Riphahn gebauten Schauspielhauses über 50 000 Unterschriften gesammelt hatte. Noch am 17. Dezember 2009 hatte der Rat mit rot-grüner Mehrheit den Abriss des alten Theaters und den Neubau des Hauses beschlossen.

Alle Seiten in Köln waren sich einig, dass das veraltete Theater unbespielbar ist. Für Abriss und Neubau wurden 300, für Sanierung 270 Millionen Euro veranschlagt. OB Jürgen Roters (SPD) stritt für einen Neubau nach Plänen des JSWD Architekturbüros, die dem Schauspiel „ein eigenständiges Gesicht und Gewicht“ gegeben hätte. Auch SPD-Fraktionschef Martin Börschel wollte beim alten Beschluss des Rats bleiben und einen Bürgerentscheid am 11. Juli abwarten. Die CDU sah bei einem Neubau „keinen erkennbaren Vorteil gegenüber der Sanierung“.

Die Initiative „Mut zur Kultur“ hatte rd. 52 000 Unterschriften für Sanierung gesammelt. Vor der Ratsitzung vorigen Dienstag schwenkte Grünen-Chefin Barbara Moritz um, CDU, Grüne und Linke überstimmten SPD, FDP und OB. Nun wird das Theater saniert, die ebenfalls baufällige Oper soll nach Vorschlägen von JSWD saniert werden. Ein Runder Tisch mit Intendanten, Personalräten, Bürgerinitiative usw. begleitet den Sanierungsprozess. Nach der Abstimmung bedauerte SPD-Fraktionschef Martin Börschel das Verhalten der Grünen und sah eine „merkwürdige Allianz gegen die demokratische Entscheidungsfähigkeit der Kölner Bevölkerung“, will aber die Koalition fortführen. Grünen-Chefin Moritz erklärte, sie habe sich „aufgrund neuer Erkenntnisse umentschieden“. Die SPD sei „sehr früh“ über die neue Tendenz informiert worden, so Moritz. Börschel sei ein „schlechter Verlierer“, so Moritz, die aber auch Rot-Grün fortführen will. *sg*



Foto: SurfGuard (cc)

Quellen: [www.citynews.de](http://www.citynews.de), [www.ksta.de](http://www.ksta.de), [www.welt.de](http://www.welt.de), [www.nrw.mehr-demokratie.de](http://www.nrw.mehr-demokratie.de), [www.koelnspd.de](http://www.koelnspd.de) vom 14. und 13. April

## OB Weil für Bürgermeister-Stichwahlen

Stephan Weil, OB von Hannover und Vorsitzender der Bundes-SGK, lehnt die von der niedersächsischen Landesregierung geplante Abschaffung der Stichwahlen bei OB, Bürgermeistern und Landräten ab. Für Weil benötigen direkt gewählte Kommunalpolitiker eine starke demokratische Legitimation. Angesichts der geringen Wahlbeteiligung Sorge nur die Stichwahl dafür, dass der Kandidat wenigstens die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

Niedersachsens JU-Vorsitzender Sebastian Lechner hält Stichwahlen dagegen für „demokratiefeindlich, da nur eine Minderheit im zweiten Wahlgang entscheidet“. Die Lehre daraus, so DEMO-Herausgeber Weil, sei nicht die Abschaffung, sondern das

Ernstnehmen der Stichwahl: Im anderen Fall würde womöglich ein Bewerber „auf der Grundlage einer sehr geringen Wahlbeteiligung“ gewählt und das wäre „eine sehr schwache Basis für ein Amt, das mit großer Machtfülle ausgestattet ist“.

Weil sieht die Position der Amtschefs durch die auf acht Jahre verlängerte Amtszeit als zu stark an und plädiert für die Rückkehr auf fünf Jahre. Dann würden Stadt- oder Kreistage wieder mit den Amtsinhabern gewählt, was der Beteiligung nützen würde. In Hannover werde 2011 der Rat, aber nicht der OB gewählt, so Weil weiter, was die Beteiligung nicht verbessern werde. Weil will nun bei SPD und Regierung für den Erhalt der Stichwahlen werben. *sg*



Stephan Weil Foto: Frank Ossenbrink

Quellen: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 13. April, [www.paz-online.de](http://www.paz-online.de)

## 5. DEMO-Kommunalkongress in Mannheim

Am 16. und 17. Juni steigt der 5. DEMO-Kommunalkongress „Kommunalpolitik besser machen“. Erstmals im Westen, genauer gesagt in der Baumhainhalle im Luisenpark in Mannheim, aber wie gewohnt mit viel Prominenz. Am ersten Tag sprechen und diskutieren u.a. die OB Peter Kurz (Mannheim), Stephan Weil (Hannover), Christian Ude (München) und Hans-Jochen Vogel (Ex-Münchener OB, Ex-SPD-Vorsitzender) mit den Teilnehmern. Am Abend findet dann die Verleihung der „DEMO-Kommunalfüchse 2010“ für intelligente Kommunalpolitik u.a. mit SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles statt.

Am zweiten Tag begrüßen wir prominente Vertreter aus Kirche (Prof. Friedhelm Hengsbach, SJ), Gewerkschaften (verdi-Chef Frank Bsirske) und Migranten, die mit den Teilnehmern diskutieren, wie sie sozialdemokratische Kommunalpolitik erleben, wo sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede sehen. Erstmals wird der Kongress live per Twitter und Facebook begleitet. Kurz: Wir bieten eine vielseitige Informations- und Kontaktbörse mit klaren Positionen und Best-Practice-Angeboten – und der Chance, bei eventuellem „informationellem Overload“ den schönen Luisenpark im Frühsommer zu genießen. *sg*



Foto: Lorenz Richter

Wer dabei sein will, kann sich online unter [demo-online.de](http://demo-online.de) oder [kommunalkongress@demo-online.de](mailto:kommunalkongress@demo-online.de), oder bei Steffen Martin, T. (030) 255 94 155 anmelden.

## Nackte OB durch die Kunstfreiheit gedeckt

Das Bild einer – bis auf rosafarbene Strapse und Bürgermeisterkette – nackten Oberbürgermeisterin ist durch Meinungs- und Kunstfreiheit gedeckt. Das Oberlandesgericht (OLG) Dresden wies eine Klage der Dresdner OB Helma Orosz (CDU) ab, die gegen ihr Nacktbild mit der umstrittenen Waldschlösschenbrücke im Hintergrund geklagt hatte. Die OB hatte damals den Bau der Brücke durchgesetzt, obwohl Dresden dadurch 2009 den Titel eines Unesco-Weltkulturerbes verlor (wir berichteten).

Orosz hatte dagegen geklagt, dass eine Dresdner Künstlerin das Nacktbild von ihr veröffentlicht hatte. Das Dresdner Landgericht (LG) hatte ihr in erster Instanz Recht gegeben. Das OLG hob nun den Spruch des LG auf, weil es sich „um ein Bildnis aus dem Bereich der Zeitgeschichte“ und um die satirische Darstellung eines aktuellen politischen Geschehens handele. Das Gemälde darf daher weiter in der Öffentlichkeit gezeigt, OB weiter bis unter ihre Wäsche karikiert werden (Az.: 4 U 127/10).

Quelle: Der Tagesspiegel und FR vom 17. April

## Kampfkandidatur um OB-Nominierungen?

Im Februar war das Erstaunen in Darmstadt groß. Wegen Querelen u.a. um den ICE-Anschluss der Stadt schlug der SPD-Vorstand den seit 2005 amtierenden OB Walter Hoffmann als einzigen Kandidaten zur Nominierung als OB-Kandidat am 27. März 2011 nicht vor. Daraufhin kündigte Hoffmann an, er trete ohne Vorschlag an. Eine von SPD-Parteichef Wolfgang Glenz geführte Kommission suchte ge-

eignete andere Kandidaten – ohne Erfolg. Nun tritt Glenz selber an, „weil es in dieser Situation eine personelle Alternative geben sollte“. Hoffmann bedauert Glenz' Kandidatur, bewirbt sich aber weiter. Damit hat der Nominierungsparteitag am 11. Mai voraussichtlich die Wahl zwischen dem SPD-OB und seinem Bürgermeister und Kämmerer, der gleichzeitig SPD-Parteivorsitzender ist. *sg*



Quellen: hr-online.de, Südhessen Morgen vom 14. April

## Bürgerpreis für Heinz Buschkowsky

Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) ist mit dem diesjährigen Gustav-Heinemann-Bürgerpreis ausgezeichnet worden. Mit dem Preis würdigt die SPD Buschkowskys Einsatz für die Integration von Einwanderern und für bessere Schul- und Ausbildungsbedingungen. Als Bürgermeister des Berliner Bezirks mit dem höchsten Anteil von Einwohnern nichtdeutscher Herkunft entwickelt Buschkowsky seit Jahren Projekte und

Maßnahmen, die nicht immer unumstritten sind, aber oft auch über die Berliner Stadtgrenzen hinaus Anerkennung finden. Bei der Preisverleihung heute vormittag würdigte SPD-Chef Sigmar Gabriel Buschkowskys Einsatz und überreichte die mit 10 000 Euro dotierte Auszeichnung, die seit 1977 an Menschen vergeben wird, die sich in der Tradition des ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann besonders für die Gesellschaft engagieren. *kai*

Quelle: [www.spd.de](http://www.spd.de), Ein Porträt von Heinz Buschkowsky in DEMO 5/2010

## Difu-News

### Wettbewerbsdoku „Kommunaler Klimaschutz 2009“

2009 führte die am Difu angesiedelte „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium den ersten Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ durch. Neun Preisträger wurden für ihre herausragenden Aktivitäten im kommunalen Klimaschutz ausgezeichnet.

net. Es handelt sich um Projekte mit Modell- und Vorbildfunktion für andere Kommunen und Regionen. In der Publikation werden die unterschiedlichen Ansätze der Preisträger, klimaschädliches CO<sub>2</sub> effektiv zu vermeiden, ausführlich und anschaulich vorgestellt.

Kostenloser Bezug: [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

### Flächenpotenziale erfassen und bewerten

Die neue Difu-Publikation „Flächen- und Standortbewertung für ein nachhaltiges Flächenmanagement. Methoden und Konzepte“ stellt neben innovativen Konzepten zu Prognose und Monitoring von Flächennutzungen sowie neuen Methoden zur Standortbewertung unterschiedliche

Möglichkeiten zur Bewertung von Nutzungsoptionen und Bauflächenpotenzialen vor. Die Veröffentlichung entstand im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunkts „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“.

Bezug/Download: [www.refina-info.de](http://www.refina-info.de)

### Nutzung erneuerbarer Energien

Im neuen Difu-Praxisleitfaden werden Möglichkeiten der Kommunen zur Nutzung erneuerbarer Energien dargestellt. Im Vordergrund stehen dabei konkrete Fragen der Realisierung. Neben den

dazu erforderlichen Grundlagen wurden erfolgreich realisierte Praxisprojekte recherchiert, ausgewertet und dokumentiert, die andere Kommunen zur Nachahmung anregen können.

Weitere Infos: [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

## Rezension: Bekenntnisse eines Abgeordneten

Es ist eine Warnung aus der Mitte des Parlaments. Der Bundestag, unterlaufen von Lobbyisten und im Würgegriff einer kleinen Machelite, kommt seiner verfassungsgemäßen Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren und Gesetze zu erlassen, immer weniger nach. Anstelle der Abgeordneten entscheiden große Konzerne und ausgewählte Parteifunktionäre über Wohl und Wehe der Bundesrepublik.

Dies ist die Kernbotschaft des Buchs „Wir Abnicker“, das der Dortmunder Bundestagsabgeordnete Marco Bülow geschrieben hat. Bemerkenswert ist es nicht so sehr aufgrund seines Inhalts, sondern vielmehr wegen der Tatsache, dass ein Beteiligter – Bülow sitzt seit 2002 im Bundestag – einen Blick hinter die Kulissen gewährt.

So entwirft Bülow das Bild des gefesselten Abgeordneten, der qua Grundgesetz zwar eigentlich nur seinem Gewissen unterworfen ist, sich de facto aber äußeren Faktoren wie der Fraktionsdisziplin, dem Mediendruck oder Lobbyinteressen beugt. Zusätzlich üben die Globalisierung und Europäisierung von Entscheidungen weiteren Druck aus.

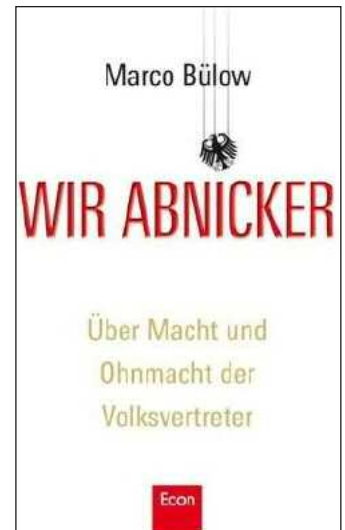
Doch hat Marco Bülow kein Buch geschrieben, in dem er bloße Medienscheitel übt – auch wenn er die Vertreter der „vierten Gewalt“ in die Pflicht nimmt, weniger das Persönliche und mehr das Sachliche eines Konflikts zu betonen – oder auf die Lobby ein-

drischt – auch wenn er gute Vorschläge zu deren Kontrolle macht, etwa die Einführung eines Lobbyregisters. Dem jungen Abgeordneten geht es eher um die freiwillige Preisgabe von Gestaltungsspielräumen der Parlamentarier.

Um dem entgegenzuwirken, schlägt Bülow am Ende des Buchs einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vor. So regt er die Öffnung der Parteien und eine Demokratisierung ihrer inneren Abläufe an. Auch eine Enquetekommission des Bundestags zum Thema Lobbyismus hält Bülow für sinnvoll. Und schließlich muss aus seiner Sicht die direkte Demokratie gestärkt werden, damit die Bürger mehr Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen bekommen.

Ob die vorgeschlagenen Maßnahmen letztlich alle umgesetzt werden können, sei dahingestellt. Bülows Plädoyer für eine Veränderung der politischen Kultur jedenfalls ist glaubwürdig und offensichtlich notwendig. Es sei sein Ziel, eine Diskussion anzustoßen, schreibt er im Vorwort seines Buchs und bittet um Widerspruch. Dass er davon viel bekommt, ist ihm zu wünschen – nicht weil Marco Bülow mit seiner Meinung falsch liegt, sondern weil er recht hat.

*Kai Doering*



Marco Bülow: *Wir Abnicker: Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter*. Econ-Verlag, Berlin 2010, ISBN 978-3430300421, 18 Euro

## 15 Jahre Komcom Süd

Am 4. und 5. Mai 2010 feiert die führende IT-Fachmesse für den Public Sector, Komcom Süd, ihr 15-jähriges Jubiläum in der dm-Arena der Messe Karlsruhe. 170 Unternehmen aus ganz Deutschland präsentieren an zwei Messtagen Soft- und Hardware sowie IT-Dienstleistungen für alle Fachbereiche der öffentlichen Verwaltung.

Erstmals wird bei der Komcom Süd der Themenpark „KomZu – Kommunale Zukunft“ in die Messe

integriert. Zudem erwartet die Besucher mit ca. 100 Stunden Vortragsprogramm in Firmenworkshops, Praxisforen und Sonderforen, z.B. zu Energie & Infrastruktur sowie Schulen & Kitas, ein einzigartiges, kostenfreies Weiterbildungsangebot. Die Messe hat an beiden Tagen von 9 bis 17 Uhr geöffnet. Im Eintrittspreis (15 Euro pro Person und Tag) ist der Besuch der Workshops und Foren bereits enthalten.

*ots*



[www.komcom.de](http://www.komcom.de)

## Blick nach Rechts: Offensive mit USB-Sticks

Die NPD will bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai bei „deutschstämmigen Jungwählern fünf Prozent plus X“ erzielen. 1 500 USB-Sticks, gespickt mit NPD-Werbung, die vor Schulen verteilt werden sollen, sollen den Rechtsextremisten dieses Ergebnis bescheren. Die USB-Sticks seien ein „originelles Transportmittel nationaler Botschaften“, posaunt Markus Pohl, Landessprecher und Landesvize der NPD. „Neben vielen niedrigschwelligen Internet-Aktivitäten“ suche die NPD „wie keine andere Partei nach stilistisch jugendgemäßen und technisch hochmodernen Transportmitteln“ ihrer politischen Inhalte. Um das angepeil-

te Wahlergebnis perfekt zu machen, sollen zusätzlich auch 15 000 „Schulhof“-CDs mit dem Titel „Deutschland versus BRD“ verteilt werden. Sprecher Pohl wurde im November 2009 vom Amtsgericht Rheine zur Zahlung eines Ordnungsgelds verurteilt. Mit Gleichgesinnten hatte er am 1. Mai 2008 in Rheine eine Gewerkschaftskundgebung massiv gestört. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2008 erzielte Pohl, der im Wahlkreis Vechta antrat, 0,7 Prozent der Erststimmen. Der NPD trat er im September 2002 bei. Vor seinem NPD-Engagement war er im Umfeld der Kameradschaft „Teutoburger Wald“ aktiv.

*am*



[www.bnr.de](http://www.bnr.de)

## Ersatz von KWK-Anlagen ist rechtmäßig

Mit seinem bundesweit ersten Urteil vom 31. März 2010 zum novellierten Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) stärkt das Verwaltungsgericht Frankfurt/M. die Förderung von KWK-Anlagen. Gegenstand des Verfahrens war die Ersetzung eines Mini-Blockheizkraftwerks in einem Hotel, der das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrollen

die Förderung verweigerte, da das Gerät noch nicht alt genug gewesen, sei, um es vollständig zu ersetzen. Das Gericht bescheinigte aber der Klägerin, dass auch die Ersetzung einer sanierungsfähigen Anlage komplett förderwürdig sei. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

nr



Foto: [www.pixelio.de/ThorbenWengert](http://www.pixelio.de/ThorbenWengert)

Quelle: PM RA Becker, Büttner, Held, AZ: I K 3375/09.F

## Hessen forciert Erneuerbare

In einer ersten Region in Hessen sind die formalen Voraussetzungen für einen Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen worden. Mit der Veröffentlichung im Staatsanzeiger am 15. März 2010 trat der „Regionalplan Nordhessen 2009“ in Kraft. In ihm sind 1 213 Hektar zusätzliche Windeig-

nungsflächen ausgewiesen, doppelt so viel wie bisher. Auf ihnen könnten zu den vorhandenen 245 Megawatt Windleistung mindestens 350 Megawatt neue Windleistung plus 100 Megawatt aus Repowering hinzukommen.

nr

Quelle: neue energie 4/2010

## Internetseite gegen Kohlekraft-Projekte

Rund 100 in der „Klima-Allianz“ zusammengeschlossene kohle- und atomkraftkritische Vereinigungen haben am 8. April eine Homepage mit Informationen rund um die deutschen Kohlekraft-

projekte veröffentlicht. Dort findet man umfangreiche Informationen über jedes einzelne Kohlekraftwerk-Projekt in Deutschland und Leitfäden zur rechtlichen Verhinderung der Projekte.

nr

[www.kohle-protest.de](http://www.kohle-protest.de)

## Welche Schule wird Energiesparmeister?

Noch bis zum 22. April kann online darüber abgestimmt werden, welches Schul- oder Schülerprojekt „Energiesparmeister Gold“ wird. Von rund 200 Projekten, die sich an dem Wettbewerb „Energie-

sparmeister 2010“ beteiligt haben, stehen zehn in der engeren Auswahl für den Titel. Am Start sind bundesweite Projekte, die zeigen, wie aktiver Klimaschutz funktioniert.

nr

[www.energiesparmeister.de](http://www.energiesparmeister.de)

## Ausgezeichnete Energie-Kommune

Die Agentur für Erneuerbare Energien hat die schleswig-holsteinische Gemeinde St. Michaelisdonn für ihr Engagement als „Energie-Kommune“

des Monats April 2010 ausgezeichnet. Mit diesem (Monats-)Titel werden vorbildliche kommunale Energieprojekte gewürdigt.

nr

[www.kommunal-erneuerbar.de](http://www.kommunal-erneuerbar.de)

## Solarpark in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz ist Mitte April die größte Freiflächensolaranlage des Bundeslands eingeweiht worden. Der 40 Hektar große Solarpark, der aus je zwei Teilanlagen in Hasborn und Niederöfflingen

besteht, hat eine installierte Leistung von zwölf Megawatt; allein die Anlage in Niederöfflingen versorgt 2 500 Haushalte mit Energie. Dabei sollen v.a. Jobs für Ältere und Behinderte entstehen.

nr

Quelle: PM des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz vom 12. April

## Energetische Krankenhäuser

Das Fraunhofer-Institut hat seit 2006 20 Krankenhäuser energetisch unter die Lupe genommen. Im online erhältlichen Abschlussbericht „Umsicht“

wird aufgezeigt, wo die größten Einsparpotentiale liegen und wie sie lohnenswert erschlossen werden können.

nr

Quelle: [www.egb-sachsen.de/service.php](http://www.egb-sachsen.de/service.php)

## Top oder Flopp?

Jeder, der wissen will, wo seine Stadt oder Gemeinde beim Klimaschutz steht, kann sich jetzt online

und kostenlos informieren, in welchem Stadium sich die eigene Kommune befindet.

nr

[www.benchmark-kommunaler-klimaschutz.net](http://www.benchmark-kommunaler-klimaschutz.net)

## Anlaufstelle für Repowering

Die 2009 von Deutschem Städte- und Gemeindebund und der Kommunalen Umwelt-Aktion in Nie-

dersachsen angekündigte Beratungsstelle für Windkraftorte hat die Arbeit aufgenommen.

nr

[www.repowering-kommunal.de](http://www.repowering-kommunal.de)

## Berliner GSW soll an die Börse

Berlins ehemalige städtische Wohnungsgesellschaft GSW soll an die Börse. Darauf haben sich die Käufer von 2004 – die Investmentfonds Cerberus und Whitehall – festgelegt. Allerdings sieht eine Vertragsklausel vor, dass der Berliner Senat zustimmen muss, sollen mehr als 50 Prozent der Anteile verkauft werden. Andernfalls droht eine Vertragsstrafe von 32 Millionen Euro. 30 Millionen Euro bieten die Besitzer der GSW nun dem Senat für dessen Zustimmung zu dem Deal an. Die gilt zwar als

sicher, da neben der Linkspartei auch die FDP für den Börsengang ist, doch in der SPD regt sich Widerstand. Der Landesvorstand sprach sich gegen die Umwandlung in eine AG aus, bei einer Probeabstimmung der Fraktion votierten 14 der 48 Abgeordneten gegen den Börsengang. Spannend wird es heute bei der Abstimmung im Parlament. Der Verkauf der GSW 2004 hatte der Berliner Stadtkasse 410 Millionen Euro beschert. Damals hatten nur die Grünen gegen den Verkauf gestimmt. *kai*



Foto: Emanuele (cc)

Quellen: Tagesspiegel vom 13. und 14. April

## Münchener Altstadt als Tempo-30-Zone?

Bald könnte die gesamte Münchener Altstadt – mit nur wenigen Ausnahmen – eine große Tempo-30-Zone sein. Das Kreisverwaltungsreferat hat einen Vorschlag der Grünen-Fraktion im Stadtrat geprüft und

für ebenso sinnvoll wie juristisch einwandfrei befunden. Ob und wann das Tempolimit kommt, ist allerdings noch unklar. Der rot-grün dominierte Stadtrat hat sich noch nicht mit dem Thema befasst. *kai*

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 16. April

## Flicker statt neu bauen

Sanierung und Erhalt des Landesstraßen-Netztes sollen in Brandenburg Vorrang vor neuen Bauvorhaben bekommen. Das geht aus dem Entwurf des „Landesstraßenbedarfsplans 2010 bis 2024“ hervor, den Verkehrsminister Jörg Vogelsänger (SPD) Anfang voriger Woche vorgestellt hat. Danach will er bis 2024 nur 18 Neubauprojekte mit einem Volumen von 148 Millionen Euro umsetzen – darunter der Zubringer für den Großflughafen BBI in Schönefeld. „Vorrang“ erhält der Erhalt von Landesstraßen mit jährlich 45 Millionen Euro. Kabinett und

Landtag müssen dem Vorhaben noch zustimmen. Das bundesweite Schlagloch-Problem bleibt ungeklärt. Die Verkehrsminister konnten sich bei ihrer Konferenz am 14./15. April in Bremen nicht auf ein Bund-Länder-Programm einigen. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer stoppte zwar eine Schilderaustauschregelung, sagte aber nur 100 Millionen Euro zu. Laut Deutscher Städte- und Gemeindebund verursachte der Winter allein an kommunalen Straßen Schäden von 2,3 Milliarden Euro, insgesamt geht der ADAC von 3 Milliarden aus. *kai*



Bild: www.pixello.de/Thommy Weiss

Quellen: Tagesspiegel vom 14., Stuttgarter Zeitung und PM des DStGB vom 15. April, Download des Entwurfs unter [www.mil.brandenburg.de](http://www.mil.brandenburg.de)

## Beliebte Busse und Bahnen

Busse und Bahnen haben 2009 mehr Fahrgäste befördert als im Vorjahr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts registrierten die Betriebe durchschnittlich rund 29 Millionen Fahrgäste täglich – ein Plus von 1,1 Prozent gegenüber 2009. Straßen- und U-Bahnen legten gar um 3,2 Prozent zu und beförderten insgesamt 3,7 Milliarden Fahrgäste.

Auch der Busverkehr nahm um 0,3 Prozent zu. Im Nahverkehr der Eisenbahnen sanken die Fahrgastzahlen dagegen um 0,5 Prozent auf 2,2 Milliarden Fahrgäste. Das Berliner S-Bahn-Chaos schlage hier zu Buche, so die Statistiker. Auch der Eisenbahnfernverkehr bleibt mit einem Minus von 0,4 Prozent unter den Fahrgastzahlen des Vorjahrs. *kai*



Foto: pixello.de/Hanspeter Bolliger

Quelle: Die Welt vom 8. April

## Welten liegen zwischen München und Prignitz

Die Stadt München ist für Hauskäufer die teuerste Region Deutschlands. Auf den weiteren Plätzen folgen Düsseldorf, der Landkreis München sowie Wiesbaden. Im bundesdeutschen Durchschnitt am günstigsten ist dagegen der Rhein-Lahn-Kreis sowie der

brandenburgische Kreis Prignitz: Dies geht aus dem „ersten echten deutschen Immobilienatlas“ hervor, den der „Stern“ Anfang April für über 400 Kommunen veröffentlicht hat. Grundlage sind rd. eine Million Kaufverträge aus den Jahren 2007 und 2008. *kai*

Quellen: [www.stern.de](http://www.stern.de), [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)

## Sprudelnde Einnahmen bei Wasserbetrieben

Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) haben im vergangenen Jahr erneut satte Gewinne eingefahren. Nach der am Dienstag vergangener Woche vorgelegten Jahresbilanz 2009 flossen 133 Millionen Euro Gewinn des teilprivatisierten Unternehmens in die Berliner Stadtkasse. Hinzu kommen 51 Millionen Euro „Grundwasserentnahme-Entgelt“ sowie 24 Millionen Euro „Sondernutzungsgebühr“, die die Wasserbetriebe für die Inanspruchnahme

von öffentlichem Gelände zahlen müssen. Die privaten Gesellschafter RWE und Veolia verdienten zusammen 137 Millionen Euro an den BWB. Unterdessen ermittelt das Bundeskartellamt wegen zu hoher Preise gegen das Unternehmen. Im Durchschnitt zahlt jeder Berliner monatlich konstant knapp 20 Euro für Trink-, Schmutz- und Niederschlagswasser – und das, obwohl der Verbrauch nach BWB-Angaben kontinuierlich sinkt. *kai*



Bild: pixello.de, Christian Seidel

Quelle: Tagesspiegel vom 14. April, [www.rbb-online.de](http://www.rbb-online.de)

## Wir gratulieren ...

**Klaus Wiese**hügel, Vorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, der am 1. Mai seinen 57. Geburtstag feiert. Am selben Tag wird Cottbus' OB **Frank Szymanski** 54 Jahre alt. **Gernot Erler**, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, feiert am 3. Mai seinen 66. Geburtstag. Am 5. Mai werden **Elke Ferner**, Vorsitzende der ASF, 52, **Thomas Jung**, OB in Fürth, 49, und **Andreas Bausewein**, OB in Erfurt, 37 Jahre alt. **Achim Hütten**, OB in Andernach, feiert am 9. Mai seinen 53. Geburtstag. Am 11. Mai wird der SPD-Bundestagsabgeordnete **Michael Hartmann** 47 Jahre alt. **Stefan Schostok**, Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover, feiert am 12. Mai seinen 46. Geburtstag.

Am 13. Mai wird AWO-Präsident **Wilhelm Schmidt** 66 Jahre alt. Leimens OB **Wolfgang Ernst** begeht am 14. Mai seinen 53. Geburtstag. Am 15. Mai feiert **Konrad Kunick**, ehem. Landesvorsitzender von Bremen, seinen 70. und **Dieter Spöri**, ehem. Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, seinen 67. Geburtstag. **Manfred Stolpe**, ehem. Ministerpräsident von Brandenburg, begeht am 16. Mai seinen 74. Geburtstag. Am 17. Mai wird Bayreuths ehem. OB **Dieter Mronz** 66 Jahre alt. Am 18. Mai feiert **Helmut Hey**, OB in Schwandorf, seinen 60. und

**Franz-Josef Möllenberg**, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genussmittel-Gaststätten, seinen 57. Geburtstag.

**Franz Steinkühler**, ehem. Vorsitzender der IG Metall, begeht am 20. Mai seinen 73., **Manfred Püchel**, ehem. Innen- und Justizminister von Sachsen-Anhalt, seinen 59. und **Roland Klapprodt**, ehem. Vorsitzender der SJD – Die Falken, seinen 56. Geburtstag. **Gesine Schwan**, ehem. Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), wird am 22. Mai 67. Am selben Tag begeht der Geschäftsführer der Bundes-SGK, **Detlef Raphael**, seinen 54. Geburtstag.

**Antje Huber**, ehem. Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, begeht am 23. Mai ihren 86., **Manuela Schwesig**, stellv. Vorsitzende der SPD, ihren 36. Geburtstag. Am 25. Mai wird Kiels OB **Torsten Albig** 47 Jahre alt. **Rupert Kubon**, OB in Villingen-Schwenningen, feiert am 27. Mai seinen 53. Geburtstag. Am 30. Mai wird Oberhausens OB **Klaus Wehling** 63 Jahre alt. Der ehem. IG Metall-Vorsitzende **Klaus Zwickel** begeht am 31. Mai seinen 71., **Peter Bümlein**, ehem. OB in Filderstadt, seinen 65. und die Bundestagsabgeordnete **Aydan Özoguz** ihren 43. Geburtstag.



Nachfragen bei  
Kathrin Veh, SPD,  
T.: (030) 25991 137

Anzeige



## SGKBayern trauert um Helmut Bertig

Helmut Bertig, MA., geb. am 8. August 1950 in Berlin, ist am 2. April 2010 im Alter von 59 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben.

Er hatte als Nachfolger des Gründungsgeschäftsführers Willi Reinsch und Herbert Eckstein seit 1993 die Leitung der Geschäftsstelle inne. Helmut Bertig hat in schwieriger finanzieller Lage die Geschäfte der SGK fortgeführt und sich für die Belange der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker in Bayern engagiert eingesetzt. Ein unvergessener Höhepunkt war die 25-Jahr-Feier der SGKBayern 2005, die Hunderte von Kommunalpolitikern im Alten Rathaus in München mit dem Festredner Hans-Jochen Vogel zusammengeführt hat.

Zuletzt haben wir Helmut Bertig auf der Landeskonferenz am 27. Februar in Lauingen/Donau erlebt, die er ausgerichtet hat und die zudem mit dem Erfolg gekrönt war, dass Wolfgang Schenk wenige Tage danach wieder mit großer Mehrheit als 1. Bürgermeister der Donaustadt bestätigt wurde. Viele Mitglieder des Landesvorstands der SGKBayern und der SPD gaben Helmut Bertig in Freising das letzte Geleit. OB Ivo Holzinger und Annette Karl, MdL, würdigten ihn und dankten für seine Arbeit.

Die SGK Bayern wird Helmut Bertig stets ein ehrendes Andenken bewahren.

*Ivo Holzinger, OB, Vorsitzender SGKBayern*

## Kommunen lehnen FDP-Steuerkonzept ab

In großer Übereinstimmung lehnen die kommunalen Spitzenverbände und die Bundes-SGK das FDP-Steuerkonzept ab. „Dieses Steuerkonzept weist in die völlig falsche Richtung. Steuerausfälle von über 2,4 Milliarden Euro können die Kommunen nicht verkraften. Dies hätte höhere kommunale

Steuern und Gebühren sowie noch mehr Schließungen von Sport- und Kultureinrichtungen zur Folge“, so Oberbürgermeister Stephan Weil, amtierender Vorsitzender der Bundes-SGK. Heftige Kritik bei den Kommunen löst auch der FDP-Vorschlag zur Abschaffung der Gewerbesteuer aus.

## Seminar „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“

Am 25./26. Juni findet in Springe das Seminar „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ statt. Erfolgreiche Wahlkämpfer/innen werden zeigen, wie mit einer guten Kommunikation und den richtigen Botschaften eine Wahl gewonnen werden

kann. Welche Wahlkampfinstrumente schaffen Erfolg? Wie mobilisieren wir die Wähler für uns? Wie finden wir Kandidat/innen, die Wahlen gewinnen können? Zu diesen und weitere Fragen werden auf dem Seminar Antworten gegeben.



Weitere Informationen in Kürze  
unter [www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de)

## Streichliste unsinniger Verkehrsprojekte

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat eine „Streichliste unsinniger Ver-

kehrsprojekte“ vorgelegt. Aufgezählt werden Vorhaben im Umfang von 30 Milliarden Euro.

PDF-Datei mit der Streichliste unter <http://bit.ly/9odl4Z>

## Nordrhein-westfälischer Energiekompetenzatlas

Auf englisch und deutsch präsentiert das Land Nordrhein-Westfalen mit dem neuen Internet-Portal „Kompetenzatlas Energie NRW“ seine Fort-

schritte in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Klimaschutztechnologien.

[www.energieregion.nrw.de](http://www.energieregion.nrw.de)

## „Die neue Bürgerlichkeit“

Im Themenschwerpunkt ihrer April-Ausgabe analysiert die Zeitschrift Neue Gesellschaft/Frankfur-

ter Hefte „Die neue Bürgerlichkeit“ und ihre Folgen für die politischen Parteien und -Kultur

[www.frankfurter-hefte.de](http://www.frankfurter-hefte.de)

## Studie zur schulischen Raumkultur

„Räume, zurechtgemacht und zurechtgelebt“ lautet der Titel einer empirischen Studie zur schuli-

schen Raumkultur, die die Tübinger Vereinigung für Volkskunde herausgegeben hat.

ISBN 978-3-932512-62-9,  
15,50 Euro

## Hauptstadt im Gespräch

Am 27. März hat die Berliner SPD ihre neue Reihe der „Berliner Ideenkonferenzen“ gestartet. Eine Zu-

sammenfassung der Veranstaltung mit Schwerpunkt soziale Integration auf einem Internetportal.

[www.hauptstadt-im-gespraech.de](http://www.hauptstadt-im-gespraech.de)

## 20 Jahre deutsche Einheit

Zum runden „Einheits“-Jubiläum widmet sich die Zeitschrift „der städtetag“ in ihrer aktuellen Ausga-

be dem Thema „20 Jahre deutsche Einheit“.

[www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

## Leadership-Programm für Migranten

Noch bis zum 15. Juni läuft die Bewerbungsfrist für den dritten Durchgang des Bertelsmann-Leader-

ship-Programms für junge Führungskräfte aus Migrantenorganisationen.

Infos: [www.bertelsmann-stiftung.de/leadership-mo](http://www.bertelsmann-stiftung.de/leadership-mo)

## Weniger Lärm im Güterverkehr

Seine Position zu Möglichkeiten der Lärmminde- rung im Schienengüterverkehr hat der Eisenbahn-

sektor in einem gemeinsamen Positionspapier veröffentlicht.

Download: [www.vdv.de](http://www.vdv.de)

## Politisches Jugendcamp in Berlin

„Politisches Engagement macht Spaß – macht mit!“ lautet das Motto der „FerienAkademie Politik“, die der Verein zur Förderung politischen Handelns für

Jugendliche ab 16 Jahren vom 7. bis 14. August in Berlin anbietet. Neben Diskussionen über Politik und Wirtschaft gibt es Rhetoriktrainings.

Infos und Anmeldung:  
[www.denken-hilft.de](http://www.denken-hilft.de)

## Broschüre zu „Kultur hat kein Alter“

Die SGK NRW stellt in ihrer Broschüre „Nie zu alt – für Kultur“ erfolgreiche, praktische Projekte vor, wie

kommunale Kulturpolitik auf den demografischen Wandel reagieren kann.

Bestellen für 5 Euro bei: T. (0211) 876747-0, Fax 876747-27, ab Mai  
pdf-Download: [www.sgk-nrw.de](http://www.sgk-nrw.de)

## Fünf Jahre Option

Seit dem Inkrafttreten der Hartz-Gesetze gibt es „Optionskommunen“ in Deutschland. Einen Überblick über die vergangenen fünf Jahre gibt die Bro-

schüre „SGB II: 5 Jahre Option“, die der Deutsche Landkreistag zum „Tag der Optionskommune“ veröffentlicht hat.

Download:  
[www.landkreistag.de](http://www.landkreistag.de)

## Plattform für Tierrechte

Auf einem neuen Internetportal bietet der Bundesverband „Menschen für Tierrechte“ Politikern auf Bundes-, Landes- sowie kommunaler Ebene die Mög-

lichkeit, ihre parlamentarischen Aktivitäten im Bereich des Tierschutzes und der Tierrechte vorzustellen.

[www.tierschutzwatch.de](http://www.tierschutzwatch.de)

## Termine im Mai 2010

- Vom 3. bis 4. Mai findet in Berlin die Difu-Tagung „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ statt.  
**Info: Bettina Leute, leute@difu.de, (030) 39001-148**
- Am 19. Mai findet in Ingelheim ein Seminar zum Thema „Kommunale Auftragsvergabe“ statt.  
**Infos: seminare@vhw.de**
- Am 5./6. Mai ist in Berlin das Difu-Seminar „Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen“.  
**Infos: Ina Kaube, kaube@difu.de, (030) 39001-259**
- Am 20. Mai veranstalten Kulturforum der Sozialdemokratie und Freundeskreis WBH die „Werkstatt Kulturpolitik: kommunale Kulturfinanzierung“.  
**Infos und Anmeldung: kulturforum@spd.de**
- Vom 5. bis 7. Mai findet in Nürnberg das Jahrestreffen der Stadtentwicklungsexperten statt.  
**Infos: Sylvia Bertz, bertz@difu.de, (030) 39001-268**
- Vom 28. bis 29. Mai findet in Dresden die 14. Internationale Passivhaustagung statt.  
**Infos: www.passivhaustagung.de**
- Am 12. Mai ist in Berlin der Difu-Dialog „Leifahreräder als globaler Trend?“  
**Infos: www.difu.de**
- Am 31. Mai und 1. Juni findet in Hamburg das 6. Vergaberechtsforum Nord des vhw statt.  
**Infos: seminare@vhw.de**
- Am 18. Mai ist auf der „Zukunft Kommune“ in Stuttgart das Forum Kinderbetreuung von SGK Ba-Wü und DEMO.  
**Infos: www.sgkbawue.spd.de**
- Am 12. und 13. November findet in Bremen die Delegiertenversammlung der Bundes-SGK statt.  
**Infos in DEMO oder unter www.bundes-sgk.de**
- Am 18. Mai findet in Essen die 8. Fachkonferenz Sperrmüll des VKS im VKU statt.  
**Infos und Anmeldung: berlin@obladen.de**
- Der nächste DEMO-Newsletter erscheint Mitte Mai 2010. Weitere Termine unter [www.demo-online.de/termine](http://www.demo-online.de/termine). Alle Angaben ohne Gewähr.



## Bestellcoupon für die DEMO

Die Demokratische Gemeinde, kurz DEMO, erscheint jeden Monat. Das Einzelheft kostet 6,65 Euro zuzügl. 1,53 Euro Versand. Die DEMO gibt es auch im Jahresabo für 69 Euro frei Haus. Schüler/innen und Studenten zahlen 38,35 frei Haus. Ich bestelle:

- die nächste Ausgabe der DEMO
- Das Jahresabo der DEMO ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 69 Euro und erhalte dazu das Handbuch „Deutschland kommunal 2010“
- Das Jahresabo für Schüler/innen und Studenten/innen ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 38,35 Euro (bitte Nachweis beilegen)
- ein kostenloses Probeexemplar der DEMO
- Das Handbuch „Deutschland kommunal 2010“ zum Preis von 22,50 Euro zzgl. Porto und Versand.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_@\_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Diese Bestellung kann innerhalb von einer Woche gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin, widerrufen werden. Es gilt das Datum des Poststempels.

[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

Der DEMO-Newsletter geht an mehrere tausend Mailadressen. Wenn Sie jemanden kennen, der uns gerne kennenlernen möchte, teilen Sie uns bitte seine Mailadresse mit.

Wenn Sie im Newsletter werben wollen, wenden Sie sich bitte an Henning Witzel, T.: (030) 25594175 oder [witzel@demo-online.de](mailto:witzel@demo-online.de). Wir freuen uns auf Ihre Post.

Falls Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine Mail an [tanski@demo-online.de](mailto:tanski@demo-online.de) mit dem Betreff „keinen Newsletter mehr“.

Impressum: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Redaktion Demokratische Gemeinde, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin. Redaktionelle Bearbeitung: Kai Doering (kai), Norbert Seeger (nr), Jesper Ernlund Lassen (jel), V.i.S.d.P.: Stefan Grönebaum (sg)